

19. Wahlperiode

Änderungsantrag

der AfD-Fraktion

zum Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke (Drs. 19/0391)

auf Annahme einer EntschlieÙung

Angriffe auf öffentlich Bedienstete verurteilen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Antrag auf Annahme einer EntschlieÙung wird mit folgender Änderung angenommen:

Der erste Absatz wird wie folgt neu gefasst:

„Das Abgeordnetenhaus von Berlin verurteilt jegliche Art von Angriffen gegen die Bediensteten des Landes Berlin. Wir verurteilen den linksextremistisch motivierten Angriff gegen eine Mitarbeiterin des Berliner Landeskriminalamtes. Das Abgeordnetenhaus verpflichtet sich dem Transparenzgebot dahingehend Rechnung zu tragen, dass eine umfassende Aufklärung derartiger Taten erfolgen kann. Dazu gehören insbesondere eine transparente und schonungslose Sachverhaltsdarstellung sowie eine klare Benennung des Täters und seiner Motivation. Angriffe auf Personen, die in Ausübung ihrer Tätigkeiten das Land Berlin repräsentieren, sind Angriffe auf unsere Demokratie, egal mit welcher Motivation sie stattfinden. Das Abgeordnetenhaus dankt allen Beamtinnen, Beamten und Angestellten, die mit ihrem Einsatz und ihrer Arbeit das Land Berlin am Laufen halten und bekundet den festen Willen, sie personell, sachlich und rechtlich angemessen für die Aufgabe auszustatten.“

Begründung

Der linksextremistische Anschlag auf den Privat-Pkw einer Mitarbeiterin des Landeskriminalamtes in der Nacht vom 23. auf den 24. Mai dieses Jahres ist ein Angriff auf die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit. Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind keine Selbstverständlichkeiten. Dies wird anhand zahlreicher extremistischer Fälle deutlich. Wo dies der Fall ist, ist es die gemeinsame Aufgabe von Staat und Zivilgesellschaft, dem entschieden entgegenzutreten. Eine effektive Bekämpfung von Gewalt und Extremismus setzt aber voraus, dass bekannt ist, von wem oder was die Bedrohung ausgeht. Daher sind derartige Taten transparent und schonungslos aufzuklären und darzustellen. Schonungslos muss in diesem Zusammenhang bedeuten, dass Taten nicht aus politischen Gründen verharmlost oder gar abgetan werden. Hierbei müssen insbesondere die Täter und ihre Motivationen klar benannt werden. Des Weiteren muss es Aufgabe des Gesetzgebers sein die personelle, sachliche und rechtliche Grundlage zu schaffen, damit Angriffe auf die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit verhindert werden können.

Berlin, 8. Juni 2022

Dr. Brinker Gläser Woldeit
und die übrigen Mitglieder der AfD-Fraktion